

## Die Evangelisch-Lutherischen Kirchen Hamburgs und Schleswig-Holsteins nach 1945: Die politische Haltung der kirchlichen Mehrheit\*

*Stephan Linck*

Die ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte sind in den nordelbischen Landeskirchen geprägt von einem verdrängenden und entschuldigenden Umgang mit der NS-Vergangenheit, einer weitgehenden Ausblendung des Judentums und einem konfrontativen Antikommunismus, der wesentlich durch die Aufnahme der Flüchtlinge aus Ostdeutschland bestimmt war. Neuorientierungen, die sich in anderen Landeskirchen vollzogen, waren in den lutherischen Landeskirchen des Nordens weniger prägend<sup>1</sup>. Auch wenn hier mehrheitlich

---

\* Der Beitrag basiert auf dem Buch *Linck, Stephan: Neue Anfänge? Der Umgang der Evangelischen Kirche mit der NS-Vergangenheit und ihr Verhältnis zum Judentum. Die Landeskirchen in Nordelbien. Band I: 1945–1965.* Kiel 2013. Er ist Ergebnis eines Forschungsprojektes, das die Nordelbische Kirche in Auftrag gegeben hat und von der Nordkirche weitergeführt wird. Bis zum Jahr 2015 soll der kirchliche Umgang mit der NS-Vergangenheit und das Verhältnis zum Judentum für die Jahre 1945 bis 1990 untersucht werden, um dann die Ergebnisse in einer kleinen Wanderausstellung zur Diskussion zu stellen. Als erstes Ergebnis dieses Projektes wurde im November 2013 der erste Band der Untersuchung, der den Zeitraum 1945 bis 1965 umfasst, vorgelegt.

1 Vgl. im Überblick *Friedrich, Norbert / Jähnichen, Traugott* (Hg.): *Gesellschaftspolitische Neuorientierungen des Protestantismus in der Nachkriegszeit.* Münster 2002; *Hey, Bernd* (Hg.): *Kirche, Staat und Gesellschaft nach 1945. Konfessionelle Prägungen und sozialer Wandel.* Bielefeld 2001; *Lepp, Claudia / Nowak, Kurt* (Hg.): *Evangelische Kirche im geteilten Deutschland (1945–1989/90).* Göttingen 2001; *Greschat, Martin:* *Protestantismus im Kalten Krieg. Kirche, Politik und Gesellschaft im geteilten Deutschland 1945–1963.* Paderborn 2010. Für die untersuchten Landeskirchen liegen bisher nur wenige Darstellungen vor, die vorrangig die ersten Jahre nach 1945 thematisieren. Siehe *Linck, Neue Anfänge?* (wie Anm. \*), 21–29. Einen Überblick über den Forschungsstand der anderen Landeskirchen gibt der Sammelband: *Gailus, Manfred / Krogel, Wolfgang* (Hg.): *Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche im Nationalen. Regionalstudien zu Protestantismus, Nationalsozialismus und Nachkriegs-*

eine gemeinsame Positionierung stattfand, so war diese doch nicht konfliktfrei. Die Auseinandersetzungen mit der jeweiligen Minderheit lassen vielfach bereits die Wandlungen erkennen, die sich ab Mitte der 1960er Jahre vollzogen<sup>2</sup>. Gleichzeitig gestalteten sich die Diskurse innerhalb der Landeskirchen zum Teil sehr unterschiedlich<sup>3</sup>.

Die NS-Zeit war in vielerlei Hinsicht prägend für die Nachkriegsentwicklung der protestantischen Kirchen<sup>4</sup>. Die nationalprotestantische Mentalität, die sich im ausgehenden 19. Jahrhundert verfestigt hatte, war besonders im lutherischen Norden bestimmend für die

---

geschichte 1930 bis 2000. Berlin 2006; zu den niedersächsischen ev.-luth. Landeskirchen liegen vor: *Pollmann*, Klaus Erich (Hg.): Kirche in den fünfziger Jahren. Die Braunschweigische evangelisch-lutherische Landeskirche. Braunschweig 1997; sowie *Große*, Heinrich / *Otte*, Hans / *Perels*, Joachim (Hg.): Neubeginn nach der NS-Herrschaft? Die hannoversche Landeskirche nach 1945. Hannover 2002.

- 2 Ich beziehe mich hier auf *Ruddies*, Hartmut: Protestantismus und Demokratie in Westdeutschland. In: *Lepp*, Claudia / *Nowak*, Kurt (Hg.): Evangelische Kirche im geteilten Deutschland (1945–1989/90). Göttingen 2001, 206–227; bzw. *Ruddies*, Hartmut: Strukturmerkmale des deutschen Protestantismus vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik. In: Grunewald, Michel / Puschner, Uwe (Hg.): Das evangelische Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1871–1963). Bern 2008, 61–71.
- 3 Insgesamt gehe ich nicht von einer ungebrochenen Kontinuität des Nationalprotestantismus aus. Für die untersuchten Landeskirchen gilt aber, so die These, mehrheitlich eine nur leicht gebrochene Kontinuität bzw. Wiederherstellung nationalprotestantischer Dominanz. Hier eine Tiefenschärfe für diese Region zu erlangen ist Ziel dieser Studie. Vgl. *Pollack*, Detlef: Abbrechende Kontinuitätslinien im deutschen Protestantismus. In: Gailus, Manfred / Lehmann, Hartmut (Hg.): Nationalprotestantische Mentalitäten. Konturen, Entwicklungslinien und Umbrüche eines Weltbildes. Göttingen 2005, 453–466.
- 4 Vgl. *Krondorfer*, Björn / *Kellenbach*, Katharina von / *Reck*, Norbert: Mit Blick auf die Täter. Fragen an die deutsche Theologie nach 1945. Gütersloh 2006; *Scherzberg*, Lucia (Hg.): Theologie und Vergangenheitsbewältigung. Eine kritische Bestandsaufnahme im interdisziplinären Vergleich. Paderborn 2005.

Haltung der evangelischen Landeskirchen. Ihre Hauptmerkmale sind eine starke Fixierung auf die jeweilige Landesherrschaft als Obrigkeit, ein übersteigter Nationalismus und davon abgeleitet ein Rassismus und Antisemitismus<sup>5</sup>. Diese Haltung war kaum imstande, die Niederlage des Ersten Weltkriegs zu akzeptieren und ein positives Verhältnis zur Weimarer Demokratie zu entwickeln, der man sowohl die Absetzung der „lutherischen“ Obrigkeit als auch die Kriegsniederlage anlastete.

Hieraus ergab sich bereits in den Anfangsjahren der Weimarer Republik eine Hinwendung zu völkisch-antisemitischen Gruppierungen<sup>6</sup>. Dieser Entwicklung war sicherlich zuträglich, dass es dem Protestantismus nicht gelang, eine konfessionell gebundene Partei zu etablieren, wie sie der Katholizismus mit dem Zentrum und der Bayernpartei hatte. Dadurch wandte sich insbesondere die evangelische Bevölkerung in Norddeutschland frühzeitig dem Nationalsozialismus zu. Die evangelischen Landeskirchen hatten dem nichts entgegenzusetzen, vor allem fehlte ihnen insbesondere im ländlichen Raum auch der Wille dazu. Der Beginn der NS-Herrschaft 1933 ist damit durch eine breite Zustimmung der protestantischen Bevölkerung und der evangelischen Kirche gekennzeichnet<sup>7</sup>. Auch wenn sich in den folgenden Jahren der NS-Herrschaft starke Strömungen im Protestantismus der vollständigen Unterwerfung der Kirche unter die NS-Ideologie entzogen oder sich dagegen zur Wehr setzten, konnte der NS-Staat doch auf eine starke protestantische Zustim-

---

5 Vgl. im Überblick: *Gailus/Lehmann* (Hg.): Nationalprotestantische Mentalitäten (wie Anm. 3).

6 Bspw. für Schleswig-Holstein *Linck*, Stephan: „Aufschrei eines gequälten und geknechteten Volkes“. Antisemitismus und völkisches Denken in der ev.-luth. Landeskirche Schleswig-Holstein zur Zeit der Weimarer Republik. In: *ISHZ* 52/53 (2010/2011), 4–15.

7 Vgl. *Brakelmann*, Günter: Evangelische Kirche im Entscheidungsjahr 1933/1934: Der Weg nach Barmen. Münster 2010; *Scholder*, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen. Berlin 1980.

mung zur zunehmenden Ausgrenzung des Judentums ebenso wie im Zweiten Weltkrieg zum „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ bauen<sup>8</sup>. Vordergründig betrachtet stand die evangelische Kirche am Kriegsende vor einem Scherbenhaufen, den das eigene Handeln verursacht hatte. Weite Teile des Protestantismus hatten sogar der Ausgrenzung und Verfolgung protestantischer Christen jüdischer Herkunft zugestimmt, und völlig unreflektiert hatte man mit den eigenen Kirchenbüchern ausgerechnet mit Hilfe der Taufbelege Menschen der Verfolgung ausgeliefert<sup>9</sup>.

#### Politische Kirche

Die Niederlage Deutschlands wurde in der evangelischen Kirche im Westen Deutschlands unterschiedlich verarbeitet. Eine Minderheit im Protestantismus, die vor allem in den unierten Landeskirchen stark war, wollte die beginnende Blockkonfrontation und die sich abzeichnende Teilung Deutschlands durch eine neutralistische Haltung, kombiniert mit einem starken Pazifismus, abwenden. Hierbei vollzog bzw. verstärkte sich auch eine deutliche Zuwendung zu sozialistischem Gedankengut. Die größtenteils zu den lutherischen Landeskirchen gehörende Mehrheit hingegen wurde durch die Flüchtlinge und Vertriebenen in ihrer antikommunistischen Haltung bestärkt und war aus diesem Grund schon früh bereit, eher eine Teilung Deutschlands zu akzeptieren als politische Zugeständnisse gegenüber der Sowjetunion bei einer Neuordnung des Landes; dabei wurde auch die Remilitarisierung Westdeutschlands hingenommen.

---

8 Vgl. u. a. *Brakelmann*, Günter (Hg.): *Kirche im Krieg. Der deutsche Protestantismus am Beginn des Zweiten Weltkriegs*. München 1979; *Kaiser*, Jochen-Christoph: *Der Zweite Weltkrieg und der deutsche Protestantismus. Einige Anmerkungen*. In: Hummel, Karl-Joseph / Kösters, Christoph (Hg.): *Kirchen im Krieg. Europa 1939–1945*. Paderborn 2007, 217–233.

9 Vgl. *Gailus*, Manfred (Hg.): *Kirchliche Amtshilfe. Die evangelischen Kirchen und die Judenverfolgung im ‚Dritten Reich‘*. Göttingen 2008.

Beide Positionen speisten sich aus älteren Traditionen, deren Gegensatz bereits im Kirchenkampf während des NS-Staates aufgebrochen war. Das sollte noch Jahrzehnte die Kontroversen des westdeutschen Protestantismus prägen: „Dass sich im neueren deutschen Protestantismus, auch noch durch die Fernwirkungen der Reformation bestimmt, ein minoritäres Projekt der Freiheit, das sich einem Lernprozess gegenüber der Demokratie aussetzte, und ein majoritäres Projekt der Ordnung, das sich der Demokratie mit Konzeptionen eines autoritären Macht-, Rechts- und Sozial- und Kulturstaats verweigerte, herangebildet hatten, bestimmte nicht nur die politischen Optionen des deutschen Protestantismus bis 1945, sondern auch noch seine politischen Prädispositionen in der Geschichte der alten Bundesrepublik bis 1989.“<sup>10</sup> Obwohl sich diese Positionen in unüberbrückbarem Gegensatz befanden, speiste sich auch die Minderheit zum Teil aus dem Nationalprotestantismus. Hier war Neutralismus der Preis, den es für die Erhaltung der Einheit Deutschlands zu zahlen galt. Für die anderen war gerade die Teilung der Tribut, den der Kampf gegen den antichristlichen Kommunismus forderte. Auch wenn der Nationalsozialismus (inzwischen) abgelehnt wurde, erhielt der deutsche Angriff auf die Sowjetunion eine nachträgliche Akzeptanz – wenn er sie nicht schon vorher besessen hatte. Die beginnende Blockkonfrontation verhinderte die kritische Reflexion des Geschehenen. Immerhin war es auf diesem Weg möglich, dass die nationalprotestantische Mehrheit nach und nach eine „späte Anfreundung von Protestantismus und Demokratie“ vollzog<sup>11</sup>.

---

10 *Ruddies*, Protestantismus (wie Anm. 2), hier: 207.

11 Ebd.

Die Bezugnahme auf die NS-Zeit und die unterschiedliche Verarbeitung der Folgen des NS-Vernichtungskrieges bestimmten bis Mitte der 1960er-Jahre die innerkirchlichen Kontroversen. Dabei diktierte der Kalte Krieg die Schärfe, in der die Auseinandersetzungen geführt wurden.

#### Politische Orientierung der Mehrheit

Der Antikommunismus war innerhalb der evangelisch-lutherischen Landeskirchen ein einigendes Moment. In seinen zwölf Thesen zu den politischen Aufgaben der Kirche formulierte Pastor Johann Bielfeldt im Oktober 1945 für die schleswig-holsteinische Kirchenleitung: „Wenn sich aber Parteien den Namen ‚christlich‘ beilegen, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass sie die christlichen Grundlagen unserer Kultur gegen Bolschewismus und Säkularismus wahren wollen, so wird die Kirche das nicht bekämpfen und wird das Wirken einer solchen Partei dankbar begrüßen“<sup>12</sup>.

Obwohl die übergroße Mehrheit der kirchlich gebundenen Bevölkerung Schleswig-Holsteins und Hamburgs nationalprotestantisch orientiert und damit stark konservativ war, führte dies nicht automatisch zu einer Affinität mit der Christlich-Demokratischen Union, der CDU<sup>13</sup>. Dies hatte unterschiedliche Gründe, die stark mit der

---

12 Pastor [Johann] *Bielfeldt*: Von den politischen Aufgaben der Kirche. Ausarbeitung für die Kirchenleitung im Oktober 1945. Abgedruckt in: *Jürgensen*, Kurt: Die Stunde der Kirche. Die Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg (SVSHKG. I 25), 286–288. Vgl. *Reumann*, Klauspeter: Der Kirchenkampf in Schleswig-Holstein 1933–45. In: Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte. Bd. 6.1: Kirche zwischen Selbstbehauptung und Fremdbestimmung (SVSHKG. I 31). Neumünster 1998, 423–426.

13 Zum Entstehungsprozess der CDU allgemein *Klein*, Michael: Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945–1963. Tübingen 2005. Zur Entstehung der CDU Schleswig-Holstein vgl. *Borup*, Allan: Demokratisierungsprozesse in der

kirchlichen Verarbeitung der NS-Zeit zu tun hatten. Vor allen Dingen war die anfängliche Differenziertheit der protestantischen Haltung einem – so die These – obrigkeitsstaatlichen Denken gefolgt, das erst in den 1950er-Jahren im ländlich geprägten Schleswig-Holstein zu einer engen Verzahnung mit der CDU führte. In Hamburg hingegen entwickelte sich eine Nähe aufgrund inhaltlicher Übereinstimmungen. Die politische Entwicklung, der zufolge die CDU über Jahrzehnte zur Opposition wurde, verhinderte aber eine mit Schleswig-Holstein vergleichbare Bindung.

Grundsätzlich galt innerhalb der evangelischen Kirche in Verarbeitung der jüngsten Vergangenheit die parteipolitische Abstinenz der Pastoren als Leitlinie. Die Ablehnung der politischen Betätigung der „im Amte stehenden Pfarrer“, die von der Kirchenführerkonferenz am 3. Mai 1949 in Hamburg im Vorfeld der ersten Bundestagswahl verabschiedet wurde, hatte Vorläufer bereits 1946 gehabt, beispielsweise den Beschluss der schleswig-holsteinischen Kirchenleitung vom Februar 1946<sup>14</sup>. Dennoch haben diese Beschlüsse eine geringe Aussagekraft, wurden sie doch meist nur auf das Amt in der Gemeinde bezogen. Hinzu kam: Bereits in den ersten von der britischen Besatzungsmacht ernannten Parlamenten Hamburgs und Schleswig-Holsteins saßen mit Pastor Dr. Martin Pörksen (Schleswig-Holstein) und Pastor Lic. Dr. Johannes Reinhard (Ham-

---

Nachkriegszeit. Die CDU in Schleswig-Holstein und die Integration demokratieskeptischer Wähler. Bielefeld 2010; *Wulf*, Peter: „Sammlung rechts von der Sozialdemokratie“, Geschichte der CDU in Schleswig-Holstein 1945/46. In: ZSHG 126 (2001), 119–156; und *Jürgensen*, Kurt, Die Stunde der Kirche (wie Anm. 12), 154–161. Zu Hamburg s. *Stubbe-da Luz*, Helmut: Union der Christen – Splittergruppe – Integrationspartei. Wurzeln und Anfänge der Hamburger CDU bis Ende 1948. Diss. Hamburg 1989.

14 Vgl. Rundschreiben des LKA vom 2.6.1949 unter Bezug auf den Beschluss der VKL vom Februar 1946 (GVOBlatt Schleswig-Holstein, 1946, S. 6), GVOBlatt Schleswig-Holstein, 1949, 59; *Jürgensen*, Stunde der Kirche (wie Anm. 12), 156–158.; und *Reumann*, Kirchenkampf (wie Anm. 12), 423–425.

burg) zwei Geistliche als Vertreter der jeweiligen Landeskirchen<sup>15</sup>. Auch wenn Pörksen sein Mandat schon bald aus gesundheitlichen Gründen niederlegte, blieben mit den Pastoren Rudolf Muuß<sup>16</sup>, Johannes Iversen und Dr. Paul Husfeld im schleswig-holsteinischen Landtag drei Theologen, von denen einer zudem zum ersten Landtagspräsidenten gewählt wurde<sup>17</sup>. Als Pastor Reinhard in Hamburg vom Landesbischof von der Meinung des Kirchenrats, Geistliche sollten sich nicht am aktiven Parteileben beteiligen, in Kenntnis gesetzt wurde, nannte er dies „unzulänglich“ gegenüber der Wirklichkeit, denn: „Was kann damit einer anfangen, der durch die Entsendung seitens der Kirche und durch Berufung seitens der Militärregierung ins Parteileben hineingeworfen ist?“<sup>18</sup>

Die Konstituierung der konservativen Parteien nach Kriegsende  
Die CDU in Schleswig-Holstein ging auf drei Gründungsinitiativen zurück. Die erste Gruppe entstand in Plön um den pommerschen Gutsbesitzer Dr. Hans Schlange-Schöninggen, einen ehemaligen DNVP-Politiker. Er versammelte vorrangig Adelige und den Plöner Pastor Heinrich Böttger um sich und strebte die Gründung einer

---

15 Zu Reinhard vgl. *Hering*, Rainer: Reinhard, Johannes Richard, BBKL Bd. VII (1994), Sp. 1537–1542; sowie *Ders.*: Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939. Hamburg 2003, 302f.

16 Der Pastorensohn Rudolf Muuß hatte sich bereits nach 1918 im Abstimmungskampf profiliert und wurde Mitbegründer des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes. Steensen klassifizierte ihn passend als „Heimatpolitiker“. Vgl. *Steensen*, Thomas: Rudolf Muuß, Heimatpolitiker in Nordfriesland und Schleswig-Holstein. Husum 1997.

17 Husfeld war wie Muuß in der BK gewesen. Beide schlossen sich der CDU-Fraktion an. Vgl. u. a. *Seggern*, Jessica von: Alte und neue Demokraten in Schleswig-Holstein. Demokratisierung und Neubildung einer politischen Elite auf Kreis- und Landesebene 1945 bis 1950. Stuttgart 2005.

18 Schreiben Reinhard an Schöffel vom 14.7.1946, PA Reinhard (LKAK Kiel 32.03.01, Nr. 641).



explizit konservativen, konfessionell gebundenen Partei an<sup>19</sup>. Mittelfristig konnte sich diese Konzeption nicht durchsetzen. Daneben initiierte der ehemalige DVP-Politiker Carl Schröter die Demokratische Partei bürgerlich-liberaler Prägung, während in Rendsburg der ehemalige Landrat Theodor Steltzer die Gründung einer christlich-demokratischen Partei begann. Steltzer war Mitglied im Kreisauer Kreis gewesen und in der Folge des Attentats vom 20. Juli 1944 zum Tod verurteilt worden, das Urteil wurde aber nicht vollstreckt<sup>20</sup>. Während es Carl Schröter gelang, den Gründungsprozess der CDU Schleswig-Holstein maßgeblich zu beeinflussen, wurde Theodor Steltzer von der britischen Besatzungsmacht zum Oberpräsidenten ernannt und nach der Konstituierung des ernannten Landtags zum ersten Ministerpräsidenten des Landes. Nach der ersten freien Landtagswahl am 20. April 1947 wurde die CDU aber bereits abgewählt, und Steltzer musste hinter den Fraktionsvorsitzenden Carl Schröter zurücktreten. Kurz darauf zog sich Steltzer aus der Politik zurück.

Bis zur ersten Bundestagswahl blieb das Verhältnis der Landeskirche zur CDU insgesamt distanziert. Man tat sich schwer mit dem interkonfessionellen Selbstverständnis der Partei. So entwarf Hans Beyer<sup>21</sup> für Bischof Reinhard Wester im Vorfeld der ersten Bundestagswahl einen Brief an den CDU-Landesvorsitzenden, der gegen die Kandidatur des Rechtsanwalts Linus Kather intervenieren sollte.

---

19 Vgl. *Klein*, Westdeutscher Protestantismus (wie Anm. 13), 144 (Böttger wird hier fälschlich als „Böger“ geschrieben).

20 Vgl. u. a. *Klein*, Michael: Protestant in engagierter Distanz – Der Widerstandskämpfer und Ministerpräsident Theodor Steltzer (1885–1967). In: *MKiZ* 1 (2007), 9–26.

21 Hans Beyer war ein ehemaliger SD-Offizier, der bis 1945 in Prag eine Professur für Volkslehre und Nationalitätenkunde innehatte und zugleich Geschäftsführer der Reinhard-Heydrich-Stiftung gewesen war. Trotz Kenntnis um die NS-Belastung Beyers war dieser 1947 mit der Leitung der Landeskirchlichen Pressestelle beauftragt worden. Vgl. *Linck*, Neue Anfänge? (wie Anm. 1), 128–139.

Darin hieß es: „Zu der Frage, ob diese ungewöhnlich starke Herausstellung eines Katholiken bei uns zweckmäßig ist, möchte ich mich nicht äußern.“<sup>22</sup>

Der Gründungsprozess der CDU in Hamburg unterschied sich wesentlich von dem in Schleswig-Holstein<sup>23</sup>. Die Ursprungsinitiative ging auf ehemalige Zentrumsmitglieder zurück, war also stark katholisch geprägt, und zielte auf eine breite bürgerliche Sammlungspartei. Auch wenn sich evangelische Persönlichkeiten wie der erste ernannte Nachkriegsbürgermeister Rudolf Petersen, der Verleger Gerd Bucerius und schließlich auch der ernannte Abgeordnete Pastor Reinhard der Partei anschlossen, waren Mitglieder mit katholischer Bindung überproportional vertreten<sup>24</sup>.

Ein Grund, warum die leichte Reserve der Landeskirche gegenüber der Neugründung bestehen blieb. Das hohe Ansehen, das Reinhard innerhalb der Landeskirche genoss, übertrug sich nicht auf die Partei. Dies zeigte sich, als der spätere Landesbischof Volkmar Hertrich 1950 dem Landeskirchenrat über den Empfang zu Ehren Reinhards an dessen 80. Geburtstag berichtete. Hertrich bilanzierte dem Protokoll zufolge: „Innerhalb der CDU nimmt der Jubilar, das wurde an diesem Nachmittag fast erschreckend deutlich, in einsamer geistiger Höhe eine maßgebliche Stellung ein.“<sup>25</sup>

---

22 Undatierter Entwurf [Frühjahr 1949] für ein Schreiben Bischof Wester an den CDU-Vorsitzenden Schröter. Ob der Brief von Wester abgeschickt wurde, geht aus dem Vorgang nicht hervor. (LKAK Kiel 11.01, Nr. 264).

23 Vgl. *Stubbe-da Luz*, Union (wie Anm. 13); sowie *Strübel*, Lisa: Continuity and Change in city Protestantism. The Lutheran Church in Hamburg 1945–1965 (Arbeiten zur Kirchengeschichte Hamburgs 23). Hamburg 2005, 63–182.

24 *Klein*, Westdeutscher Protestantismus (wie Anm. 13), 142.

25 Auszug aus dem Protokoll der 135. Sitzung des Landeskirchenrates vom 14.9.1950, PA Reinhard (wie Anm. 18).

Diese Wahrnehmung der CDU führte sogar zu Überlegungen Hertrichs, eine eigenständige Evangelische Partei zu gründen<sup>26</sup>. Erst 1953 lässt sich eine deutlich andere Stimmung feststellen: die Offenheit der Kirchenleitung, mit der CDU zu kooperieren, und die Zustimmung zur Kandidatur auch und gerade von Pastoren für die Christdemokraten<sup>27</sup>. Im Vorfeld der Wahl machte von kirchlicher Seite Volkmar Hertrich der CDU ausführliche Vorschläge für „evangelische Kandidaten“<sup>28</sup>. Wie Hertrich in einem Schreiben an den CDU-Politiker Erik Blumenfeld verdeutlichte, hatte die Landeskirche inzwischen ein Eigeninteresse daran, dass die CDU auch für Protestanten als wählbar erschien: „Wir sind doch zu dem Schluss gekommen, dass es gerade in der hamburgischen Situation gut wäre, wenn durch die Mitarbeit eines aktiven Geistlichen bekundet würde, dass die CDU wirklich ein Zusammenschluss zwischen katholischen und evangelischen Kreisen ist. [...] Es wird Ihnen ja wahrscheinlich viel bekannter sein als mir, mit welchem Nachdruck und welchem Geschick hier im evangelischen Raum das Argument ausgespielt wird, die CDU in Schleswig-Holstein und Hamburg sei in Wirklichkeit katholisch gelenkt.“<sup>29</sup>

Nach dem Wahlsieg der CDU mit dem Hamburg-Block 1953 folgte aber eine Enttäuschung über die politischen Weichenstellungen der Regierung, weshalb die skizzierte Identifizierung nur befristet war. Dennoch blieb eine grundsätzliche Nähe zur Christdemokratie typisch für die Landeskirche – Lisa Strübel nennt beispiel-

---

26 *Besier*, Gerhard: „Christliche Parteipolitik“ und Konfession. Zur Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. In: KZG 3 (1990), 166–187, hier: 176.

27 Vgl. *Strübel*, Continuity (wie Anm. 23), 176f.

28 Schreiben Hertrich an Erik Blumenfeld vom 30.6.1953 (LKAK Kiel 98.007, Nr. 50) (vgl. *Strübel*, Continuity (wie Anm. 23), 177, hier mit falscher Signatur angegeben).

29 Ebd.

haft die politische Nähe aller Hamburger Synodenpräsidenten bis 1970 zur CDU<sup>30</sup>.

In Schleswig-Holstein hatte die Christdemokratie zwei Konkurrenten von rechts, die zu Koalitions- bzw. Bündnispartnern werden sollten: die Deutsche Partei (DP) und den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Beide hatten eine weitestgehend protestantische Wählerschaft.

Die Deutsche Partei hatte zwei starke Pole. Einerseits organisierten sich in ihr Rechtsradikale mit einer starken Verklärung der NSDAP. Andererseits hatte sie eine starke rechtskonservative protestantische Mehrheit<sup>31</sup>. Insgesamt bemühte sich die Partei stark um das Wohlwollen der evangelischen Kirche, die umgekehrt der DP gegenüber auf Distanz blieb. Immerhin waren aber 81 % der Wählerschaft der DP evangelisch. Um diese zu binden, wurde sogar das Konterfei Luthers auf Wahlplakaten verwendet.

In Schleswig-Holstein war die Mehrheit der DP als rechtsradikal einzustufen. Dies zeigte sich, als der frisch gewählte Bundestagsabgeordnete der DP, Wolfgang Hedler, im November 1949 in Einfeld vor 300 Zuhörern über seine Eindrücke aus dem Bundestag referierte<sup>32</sup>. Dort brachte er, so der Historiker Norbert Frei, „so ziemlich alle in rechtsradikalen Kreisen damals gängigen Parolen und Ressentiments zur Sprache“<sup>33</sup>. Als die Äußerungen Hedlers bekannt wurden, löste dies einen internationalen Skandal und zahlreiche Verleumdungsklagen ehemaliger Widerstandskämpfer aus. Im folgenden

---

30 *Strübel*, *Continuity* (wie Anm. 23), 178.

31 Vgl. *Klein*, *Westdeutscher Protestantismus* (wie Anm. 13), 292–296.

32 Vgl. vor allem *Korte*, Detlef: Der Hedler-Skandal 1949–53. Ein rechtsradikales MdB aus Rendsburg und eine Schlägerei im Bundestag. In: *Demokratische Geschichte* 9 (1995), 275–292; sowie *Borup*, *Demokratisierungsprozesse* (wie Anm. 13), 213–223; und *Frei*, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München 1996, 309–325.

33 *Frei*, *Vergangenheitspolitik* (wie Anm. 32), 309.

Prozess wurde er in erster Instanz vom Landgericht Kiel freigesprochen, in der Berufung allerdings verurteilt. Sein Verhalten im Bundestag führte im März 1950 dazu, dass er durch den Bundestagspräsidenten von der Sitzung ausgeschlossen und anschließend von Herbert Wehner und anderen SPD-Abgeordneten mit körperlicher Gewalt aus dem Saal geworfen wurde. Bereits im Februar 1950 war Hedler aus der DP ausgeschlossen worden – und mit ihm etliche Kreisverbände der DP Schleswig-Holstein, die sich mit ihm solidarisiert hatten. Daraufhin trat er der Deutschen Reichspartei (DRP) bei, einer Vorläuferin der NPD, und wurde deren Landesvorsitzender.

Dass Hedler vor seiner Wahl zum Abgeordneten Mitarbeiter des Evangelischen Hilfswerks gewesen war, wurde innerhalb der Landeskirche nicht thematisiert. Dies lag vielleicht daran, dass Hedler kein Einzelfall war. So musste sich Konsistorialrat Hermann Mertens 1948 in einem Prozess wegen Verleumdung des ehemaligen Ministerpräsidenten Theodor Steltzer verantworten. Mertens, so der Vorwurf, hatte Steltzer einen „Verräter“ genannt, der als Wehrmachtsoffizier in Norwegen den „Engländern deutsche Geleitzüge verraten“ habe<sup>34</sup>. Die politische Gesinnung bzw. Betätigung von Mertens wurde lediglich durch den Leiter der Pressestelle, Hans

---

34 Das Verfahren gibt einen besonderen Einblick in den Zeitgeist der zweiten Hälfte der 1940er-Jahre: Der von der britischen Militärregierung eingesetzte Theodor Steltzer war genötigt, Vorwürfe, er habe während des Krieges bereits mit den Alliierten kooperiert, als Beleidigung verfolgen zu lassen. Steltzer erklärte ausdrücklich, er sei wegen des Verdachts der Beteiligung am Attentat vom 20. Juli 1944, also Hochverrat, zum Tode verurteilt worden, nicht aber wegen „Landesverrat“, wie Konsistorialrat Mertens behauptet hatte. Alle Angaben aus der Anklage der Staatsanwaltschaft Kiel vom 25.5.1948, 2 Js 180/48. Im Durchschlag in der Personalakte Hermann Mertens (ohne Signatur), (LKAK Kiel, Zentralregistratur, Bd. 2).

Beyer<sup>35</sup>, in einem Schreiben an Bischof Halfmann vom 23. März 1950 benannt. Beyer bezog sich auf Mertens im Zusammenhang der Aktivitäten Hedlers für den Aufbau der DRP in Schleswig-Holstein: „Konsistorialrat Mertens, Angehöriger unseres Landeskirchenamts, gehört jedoch zum Vorstand einer neuen Partei, die nichts weiter ist als ein Stück dieses neuen bzw. alten Nationalismus. Es ist doch einfach eine Tatsache, dass Konsistorialrat Mertens offenbar die Absicht hat, innerhalb der Hedler-Gruppe in den Landtag zu ziehen. Zu mindest kann man heute eindeutig sagen, dass er zum Vorstand der ‚Nationalen Rechten‘ gehört, der kein im älteren Sinne konservativ denkender Mann beigetreten ist. Seine Kollegen im Vorstand liegen alle mehr oder weniger auf der Linie Hedler.“<sup>36</sup> Beyer thematisierte DP und DRP mit dem Ziel, seine Gegner und hier konkret das Landeskirchenamt zu diffamieren<sup>37</sup>. Eine kritische Reflexion gegenüber einzelnen kirchlichen Mitarbeitern, die sich im rechtsradikalen Milieu engagierten, war dies nicht; sie ließ sich auch in keinem kirchenleitenden Gremium feststellen. Dass man die Thematik mied, bedeutete aber keine weitergehende Affinität zur radikalen Rechten.

Im Januar 1950 gründete Waldemar Kraft in Schleswig-Holstein den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Bereits ein halbes Jahr später erhielt der BHE bei der schleswig-holsteini-

---

35 Beyer war zu diesem Zeitpunkt formal noch Leiter, aber bereits beurlaubt und als Redakteur in Husum tätig. Vgl. *Linck*, *Neue Anfänge?* (wie Anm. \*), 135.

36 Schreiben Beyer an Halfmann, Husum, den 23.3.1950 (LKAK Kiel 20.01, Nr. 403).

37 Zur politischen Betätigung von Mertens enthält seine Personalakte lediglich eine abgeheftete Meldung der Deutschen Presseagentur (DPA) vom 7.2.1959, der zufolge Mertens Vorsitzender der neu gegründeten „Landesgruppe Schleswig-Holstein des ‚Bundes der Preußen‘“ wurde, der „auf überparteilicher Grundlage für das ‚preußische Staatsethos‘ und für die Wiederherstellung des Landes Preußen werben“ würde. Vgl. PA Hermann Mertens (ohne Signatur), (LKAK Kiel, Zentralregistratur, Bd. 7).

schen Landtagswahl fast ein Viertel der abgegebenen Stimmen<sup>38</sup>. Der BHE stand allerdings in klarem Widerspruch zur Haltung der Kirche in der Flüchtlingsfrage. Diesem grundsätzlich distanziierten Verhältnis folgend ließen sich in der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche keine Belege für ein Engagement in Bezug auf den BHE finden<sup>39</sup>. Auch in der Lübecker Landeskirche hatte der BHE keinen Einfluss<sup>40</sup>. In Hamburg trat der BHE niemals eigenständig zu Wahlen an.

Die Bindung der Kirche an die CDU Schleswig-Holstein in den 1950er-Jahren

Anfang Januar 1952 machten in Lübeck Gerüchte die Runde, Bischof Johannes Pautke sei für das Amt des Kultusministers in Schleswig-Holstein in Aussicht genommen<sup>41</sup>. Die Gerüchte verdichteten sich, als Bundestagspräsident Hermann Ehlers sich mit dem Pastorenkonvent der Landeskirche traf, um von der Situation der evangelischen Kirche am „eisernen Vorhang“ zu erfahren<sup>42</sup>. In diesem Zusammenhang vermeldeten die Lübecker Zeitungen Pautkes Eintritt in die CDU und seine mögliche Aufnahme in den Landesvorstand der Partei. Pautke begründete seinen Schritt gegenüber der „Lübecker Freien Presse“ schriftlich in elf Punkten. Offen bekannte

---

38 Vgl. u. a. *Borup*, Demokratisierungsprozesse (wie Anm. 13), 186–200.

39 Bischof Halfmann erwähnt lediglich in einem Schreiben an Beyer am 22.9.1950, dass Wilhelm Beye, „ehemaliger DC Bischof in Braunschweig, Ostflüchtling aus Landsberg, nicht mehr im Besitz der Rechte des geistlichen Standes [...] ausersehen sei, in Rendsburg eine Wochenzeitung für den BHE herauszugeben. Er will mich durchaus am 30.9. besuchen.“ Folgen dieses Besuchs sind nicht belegt. (LKAK 20.01, Nr. 403).

40 Vgl. *Buss*, Hansjörg: „Entjudete“ Kirche. Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918–1950). Paderborn 2011, 449.

41 Lübecker Freie Presse, 9.1.1952.

42 Lübecker Nachrichten, 22.1.1952.

er, „von höchster Stelle“ sei der Wunsch nach Mitarbeit an ihn herangetragen worden und der Gedanke an politische Mitarbeit sei ihm beim Marienjubiläum gekommen. Die Feierlichkeiten im Vorjahr hatten ihn zum Gastgeber zahlreicher Berühmtheiten werden lassen. Vier der elf Punkte bezogen sich aber direkt auf seine Lehren aus der NS-Herrschaft. So hieß es direkt unter 1.: „Unsere – meine Schuld von 1928 bis 1933, geschwiegen zu haben, als der Weg in den Abgrund sich auftat.“<sup>43</sup> Offenbar hatte Pautke diese Erklärung vor der Presse, nicht aber vor den Pastoren der Landeskirche abgegeben, die von seinen Plänen erst aus der Zeitung erfuhren, und dies am Tag einer schon vorher anberaumten Sitzung des Geistlichen Ministeriums – wie der Lübecker Pastorenkonvent hieß. Ein Kreis um Synodenpräses Pastor Julius Jensen äußerte daraufhin in einer Erklärung scharfe Ablehnung: „Volle Einmütigkeit bestand unter uns darüber, dass die Führung des geistlichen Amtes *unvereinbar* ist sowohl mit aktiver politischer Betätigung als auch mit parteipolitischen Exponierung seines Trägers. Da nach lutherischem Verständnis das geistliche Amt weder sakramentalen Charakter hat, noch bürgerlicher Beruf ist, halten wir eine Trennung von Amt und Person nicht für nachvollziehbar.“<sup>44</sup>

Auch Pautkes Kritiker begründeten dies mit Lehren aus der NS-Zeit: „Wie richtig diese Überzeugung von der Unvereinbarkeit des geistlichen Amtes mit politischer Betätigung und Bindung ist, erweist sich nicht nur im Rückblick auf den Kirchenkampf, sondern heute auch besonders im Blick auf die Lage der Kirche in der Ostzone: Nur ein in letzter *kirchlicher* Verantwortung begründetes Freisein ihrer Amtsträger von politischer Bindung kann die evang. Kirche

---

43 Abgedruckt in der Lübecker Freien Presse, 23.1.1952.

44 Konzept der Erklärung für das Geistliche Ministerium vom 23.1.1952. Nachlass Jensen (LKAK 98.86, Nr. 31). Hervorhebung im Original.



bewahren vor der Abhängigkeit von den wechselnden politischen Mächten.“<sup>45</sup>

Die Autoren kündigten an, ihre Kritik und Stellungnahme vor den Gemeinden und der Öffentlichkeit auszusprechen. Daraufhin zog Pautke seine Kandidatur für den Landesvorstand der CDU zurück, blieb aber Parteimitglied<sup>46</sup>. Auch wenn Pautkes Kandidatur misslang, so war dennoch ein wesentliches Ziel erreicht: Die Öffentlichkeit hatte erfahren, dass ein evangelischer Bischof sich mit der CDU identifizierte und bereit gewesen war, ein Parteiamt wahrzunehmen.

Die (zurückgezogene) Kandidatur Pautkes stand im Zusammenhang intensiver Bemühungen der CDU, größere Akzeptanz innerhalb der evangelischen Kirche zu erlangen. Die Vorbehalte der Protestanten gegenüber der katholisch dominierten CDU waren nicht verschwunden – im Gegenteil, die Wahl des Katholiken Friedrich Wilhelm Lübke zum Ministerpräsidenten im Juni 1951 hatte die Vorbehalte im nördlichsten Bundesland noch verstärkt<sup>47</sup>. Vor diesem Hintergrund war die Reise von Bundestagspräsident Hermann Ehlers nach Lübeck zu verstehen. Sie geschah im Vorfeld der von ihm im März 1952 initiierten Gründung des Evangelischen Arbeits-

---

45 Ebd.

46 Erklärung der Kirchenkanzlei vom 26.1.1952, abgedruckt in den Lübecker Nachrichten und der Lübecker Freien Presse vom 27. und 29.1.1952.

47 So wies Zocher darauf hin, dass man sich „zwar über die Tatsache ereifern konnte, dass der neu gewählte Ministerpräsident Friedrich Wilhelm Lübke Katholik war, und deshalb den Konfessionsfrieden gestört sah, aber niemand sich daran störte, dass seinem Kabinett mit Ausnahme des Innenministers Pagel nur ehemalige Nationalsozialisten angehörten.“ (Zocher, Peter: Edo Osterloh – Vom Theologen zum christlichen Politiker. Eine Fallstudie zum Verhältnis von Theologie und Politik im 20. Jahrhundert [AKiZ. B 48]. Göttingen 2007, 466).

kreises (EAK) der CDU in Siegen<sup>48</sup>. Ziel war es, der CDU ein deutlich protestantischeres Profil zu geben. Die Zurückhaltung der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche wurde darin sichtbar, dass bei der EAK-Gründungstagung der zu diesem Zeitpunkt schon in Ungnade der Landeskirche gefallene Hans Beyer gewählter Vertreter des EAK der schleswig-holsteinischen CDU im geschäftsführenden Ausschuss des EAK der CDU Deutschland wurde<sup>49</sup>.

Zu diesem Zeitpunkt hatte bereits Wolfgang Baader die Nachfolge Beyers als Direktor des Evangelischen Presseverbandes und Leiter der landeskirchlichen Pressestelle angetreten. Baader war bis dahin Zeitungsredakteur in Bad Oldesloe gewesen und hatte hervorragende Referenzen von Oberkirchenrat Edo Osterloh erhalten, der innerhalb der EKD hohes Ansehen genoss. Osterloh war in der CDU aktiv und Mitbegründer des EAK<sup>50</sup>. Baader arbeitete eng mit dem EAK zusammen, vertrat dort aber gleichzeitig die Interessen der Kirchenleitung bzw. konkret der beiden Bischöfe der Landeskirche. Konsequenter richtete er die Pressearbeit der Landeskirche politisch aus. Hierzu dienten ihm die „Vertraulichen Informationen“, die ab dem 22. Januar 1953 unregelmäßig an einen ausgewählten Empfängerkreis verschickt wurden<sup>51</sup>. Sie verbanden ausgewählte Hintergrundinformationen mit politischen Kommentaren und begleiteten das Zeitgeschehen im Bund und im Land. Die Leser wurden auf einen scharf antikommunistischen Kurs eingeschworen. Gleichzeitig arbeitete Baader mit gezielten Indiskretionen und nutzte dieses

---

48 Vgl. hierzu *Klein*, Westdeutscher Protestantismus (wie Anm. 13), 234. Vgl. zur Entstehung des EAK allgemein: *Besier*, „Christliche Parteipolitik“ (wie Anm. 26), a.a.O.

49 Archivdienst der Union in Deutschland, VI. Jg. Nr. 23/24, 20.3.1952. Beyer teilte Halfmann seine Wahl umgehend mit (LKAK Kiel 20.01, Nr. 403).

50 (LKAK Kiel 20.01, Nr. 672). Vgl. zu Osterlohs Beteiligung am EAK *Zocher*, Osterloh (wie Anm. 47), 384–391.

51 Vorher gab es einzelne vertrauliche Rundschreiben. Sammlung Vertrauliche Informationen (LKAK Kiel Dok 94).

Forum, um gezielt Informationen zu verbreiten, die für viele Empfänger schwer zugänglich waren. Dies geschah insbesondere, um Personen zu diskreditieren, die er als Gegner ansah. Die Empfänger mussten sich schriftlich zur Vertraulichkeit verpflichten. Die Informationen durften nicht weitergegeben und sollten sofort nach Lektüre vernichtet werden<sup>52</sup>.

Als sich Beyer bei der Aufstellung der Landesliste der CDU zur Landtagswahl 1954 um eine Nominierung durch den EAK bemühte, verbreiteten die „Vertraulichen Informationen“ einen Artikel der „Lübecker Freien Presse“. Das SPD-Blatt hatte den „Fall Beyer“ thematisiert und den Organisator der 700-Jahr-Feier von St. Marien in Verbindung mit dem Malskat-Skandal gebracht. Lothar Malskat hatte sich als Restaurator ausgegeben und vermeintlich zahlreiche mittelalterliche Fresken restauriert, die in Wirklichkeit erst von ihm gemalt worden waren<sup>53</sup>. In diesem Zusammenhang benannten die „Vertraulichen Informationen“ die NS-Vergangenheit Beyers und vor allem seinen Kirchenaustritt<sup>54</sup>.

---

52 Diese Verpflichtung war fest im Vorspann aller Ausgaben der Vertraulichen Informationen, später: Vertraulicher Informationsdienst, mit dem fetten Zusatz „Vertraulich! Persönlich!“ gedruckt. Verschiedene Kirchenpersönlichkeiten legten die Ausgaben aber bei den jeweiligen Sachakten ab, bzw. legten eine eigenständige Sammlung an – wie Bischof Wester (LKAK 11.01, Nr. 17). Mit Unterstützung des Archivars Michael Kirschke konnte der Vertrauliche Informationsdienst fast vollständig von 1952–1968 rekonstruiert werden und wurde in Kopien in der Dokumentation des LKAK zusammengeführt. Dort sind jeweils die Lagerorte der Originale vermerkt. Sammlung Vertrauliche Informationen (LKAK Kiel Dok 94).

53 Vgl. *Kruse*, Meike: Das „Wunder von Lübeck“ und Lothar Malskat: Restaurierung und Fälschung von Wandmalereien in St. Marien 1948–1952. In: Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde 88 (2008), 219–244.

54 Vertrauliche Informationen (EPV SchL.Ho) 23.11.1953: „Der Fall Professor Beyer“ (LKAK Kiel 20.01, Nr. 403).

Dass Baader diese Information verbreitete – die „Vertraulichen Informationen“ gingen u. a. an ausgewählte Vertreter der Landespresse –, machte Beyers politische Ambitionen aussichtslos. Dies war auch Beyer bewusst, der sich, als er hiervon erfuhr, einen heftigen Briefwechsel mit Baader lieferte<sup>55</sup>. Als sich der EAK am 6. April 1954 traf, kam noch die Andeutung hinzu, eine Mitwirkung von Bischof Pautke am EAK sei abhängig von der Entfernung Beyers<sup>56</sup>. Im Ergebnis wurde Prof. Martin Redeker als Vertreter des EAK auf die Landesliste der CDU genommen und gewählt<sup>57</sup>.

Zu einer grundlegenden Veränderung im Verhältnis der Landeskirche zur CDU sollte es kurz nach der Landtagswahl kommen. Ministerpräsident Lübke trat aus gesundheitlichen Gründen zurück, und der Protestant Kai-Uwe von Hassel folgte ihm im Amt. In der Phase der Regierungsneubildung fand eine endgültige Umorientierung der CDU statt, und man bemühte sich intensiv um einen Kandidaten für das Amt des Kultusministers, der die Zustimmung der Landeskirche hatte. In diesem Zusammenhang versuchte Martin Redeker intensiv, als Wunschkandidat der Landeskirche die Zustimmung der CDU zu erlangen. Bei der CDU-Mehrheit hatte Redeker aber offenbar nicht genügend Unterstützer, und umgekehrt stellte Bischof Halfmann der CDU gegenüber klar, dass Redeker von der Landeskirche zwar akzeptiert würde, aber kein Wunschkandidat sei. Während der Verhandlungen kristallisierte sich eine scharfe Konkurrenz zwischen dem von Lübke akzeptierten Nachfolger von Hassel und seinem Kandidaten Helmut Lemke einerseits und dem amtierenden Minister Paul Pagel, der den Kandidaten Redeker unterstützte, andererseits heraus. In diesem Zusammenhang bemühte sich der Kreis um von Hassel intensiv um die Akzeptanz der

---

55 Schriftwechsel Beyer/Baader 18.1./20.1.1954 (LKAK Kiel 20.01, Nr. 403).

56 Vertraulicher Bericht Baaders vom 7.4.1954 an Halfmann, Wester und Epha über die Sitzung des EvAk vom 6.4. (LKAK Kiel 98.01, Nr. 68).

57 *Linck*, Neue Anfänge? (wie Anm. \*), 138.

Landeskirche. Zwischen 5. und 8. Oktober 1954 empfing Bischof Halfmann Gerhard Stoltenberg, Kai-Uwe von Hassel, den Wirtschaftsminister Hermann Böhrnsen und den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Walter Mentzel. Letztere waren 1952 von der DP zur CDU gewechselt<sup>58</sup>.

Die Gespräche fanden in enger Rückkoppelung mit Bonner CDU-Gremien und konkret mit Hermann Ehlers statt. Für sein Projekt des protestantischen Profils der CDU war die Zustimmung der Landeskirche zur Regierungsneubildung und zum neuen Kultusminister wichtig. Nachdem von Hassel am 16. Oktober zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, blieb Paul Pagel Innenminister. Das Kultusministerium, das er vorher mitverwaltet hatte, übernahm Helmut Lemke.

Am 11. August 1955 starb Pagel 60-jährig. Helmut Lemke folgte Pagel im Innenministerium, und für das Kultusministerium wurde ein Nachfolger gesucht. Redekers Karrierebemühungen gingen inzwischen wieder hin zur Universität: Am 9. Dezember wählte man ihn zum Rektor. Da er gleichzeitig in der Öffentlichkeit angegriffen wurde, weil antisemitische Äußerungen von ihm auf einer Englandreise im Sommer 1955 publik geworden waren, wurde er gedrängt, das Amt nicht anzutreten<sup>59</sup>. Damit stand Redeker auch nicht mehr als Kandidat für das Kultusministerium im Raum. Nun war die CDU gegenüber der Landeskirche offen für Personalvorschläge

---

58 Der Verlauf der Verhandlungen zwischen dem 5. und 8.10.1954 wurde von Bischof Halfmann in einer detaillierten „Übersicht über die Verhandlungen mit Prof. Redeker“ am 9.10.1954 schriftlich niedergelegt und im Durchschlag an Kirchenamtspräsident Epha vertraulich weitergeleitet (LKAK Kiel 98.001, Nr. 272).

59 Buss, Hansjörg: „Ein Leben zwischen Christen-, Haken- und Verdienstkreuz“. Der Kieler Theologe Martin Redeker. In: Prahl, Hans-Werner / Petersen, Hans-Christian / Zankel, Sönke (Hg.): Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus. Bd. 2. Kiel 2007, 99–132, hier: 113f.

und suchte selbst nach geeigneten evangelischen Persönlichkeiten<sup>60</sup>. In der schleswig-holsteinischen Kirchenleitung wurde offenbar in diesem Sinn diskutiert und der Theologe und CDU-Politiker Edo Osterloh als Favorit für das Ministeramt benannt. In seiner eigenen Darstellung schrieb Bischof Halfmann diesen Wunsch an Ministerpräsident von Hassel höflich und vertraulich: „Ich möchte zum Tatsächlichen mitteilen, dass ich auf Grund des Gesprächs in der Kirchenleitung einen handschriftlichen Brief an den Ministerpräsidenten gerichtet habe und zwar des Inhalts: Die Kirchenleitung wäre sich bewusst, dass sie kein Recht habe, Vorschläge für die Berufung eines Kultusministers zu machen. Wenn sie darüber gesprochen habe, so deshalb, weil die Berufung eines Kultusministers die Kirche stärker berührt als die Besetzung eines anderen Ministeriums. Er wolle deshalb diese Mitteilung nur auffassen als eine freundliche Hilfestellung für den Fall, dass er mit dem Herrn O. Verbindung aufnehme. Ich habe hinzugefügt, dass wir mit dem Herrn Minister Dr. Lemke sehr gern zusammengearbeitet hätten und die gegenwärtige vorläufige Mitverwaltung des Kultusressorts durch Herrn Dr. Lemke nicht ungern sähen. Da ich diesen Brief ausdrücklich als Privatbrief bezeichnet und nur handschriftlich geschrieben habe, besitze ich kein Konzept davon. Das habe ich in der Überlegung getan, dass es nicht richtig wäre, wenn die Kirchenleitung mit einem Vorschlag hervorträte.“<sup>61</sup> In der Folge fand ein Treffen zwischen von Hassel und Osterloh am 29. Dezember in Bonn statt, auf dem schnell Einigkeit erzielt wurde<sup>62</sup>.

---

60 Zocher nennt hier eine Anfrage von Hassels beim Beauftragten der EKD bei der Bundesregierung, Hermann Kunst. Vgl. *Zocher*, Osterloh (wie Anm. 47), 405f.

61 Schreiben Halfmann an Prof. Dr. Mayer vom 21.12.1955 (LKAK Kiel 20.01, Nr. 128).

62 Vgl. *Zocher*, Osterloh (wie Anm. 47), 405–407. Da Zocher in seiner Biografie über Osterloh das Verhältnis zur Schleswig-holsteinischen Landeskirche nicht thematisiert hat, waren die Beziehungen der schleswig-holsteinischen Landeskirchen zu Osterloh nicht im Fokus seiner Recherchen. Daher ist ihm die Nomi-

Am 17. Januar 1956 wurde Edo Osterloh zum Kultusminister des Landes berufen. Der 1909 geborene Theologe war nach Kriegsende zusammen mit Hermann Ehlers in der Oldenburgischen, ab 1949 in der Hannoverschen Landeskirche Oberkirchenrat gewesen, bis er 1953 in die Ministerialverwaltung nach Bonn wechselte.

Das wichtigste Projekt dieser Wunschpartnerschaft sollte der Staatskirchenvertrag werden, über den bereits unter Lemke verhandelt worden war und den Osterloh zügig zum Abschluss bringen wollte<sup>63</sup>. Trotz der Schwierigkeiten, mit drei Landeskirchen verhandeln zu müssen, wurde am 23. April 1957 ein Vertrag abgeschlossen, der im Wesentlichen dem niedersächsischen Staatskirchenvertrag vom 19. März 1955 entsprach<sup>64</sup>. Im benachbarten Hamburg folgte eine entsprechende Regelung erst 48 Jahre später.

Der Staatskirchenvertrag hatte für die Bindung der Kirche zum demokratischen Staat und zur Regierungspartei eine zentrale Bedeutung. Die Evangelische Kirche Schleswig-Holsteins hatte nun ein Gegenüber, das dem evangelischen Glauben gesetzlichen Schutz gewährte. Hierzu erklärte Bischof Halfmann: „Die Kirche lebt nicht von Rechtsgarantien, sondern aus den göttlichen Kräften von Wort und Geist und Glauben und muss notfalls auch in einem Katakombendasein ohne Rechtssicherheiten existieren. Wenn ihr aber ein Raum der Freiheit durch rechtliche Regelungen gegeben wird, weiß

---

nierung Osterlohs durch die schleswig-holsteinische Kirchenleitung entgangen. Zocher konstatiert aber, dass die „Kirchlichen Informationen Schleswig-Holstein“ schon am 11.1.1956 auf die Nominierung Osterlohs eingingen (407).

63 Osterloh selbst zählte den Vertrag bereits vor seiner Ernennung zum Minister zu seinen wichtigsten Zielen. S. *Jürgensen*, Stunde der Kirche (wie Anm. 12), 328. Vgl. insgesamt *Zocher*, Osterloh (wie Anm. 47), 427–448.

64 *Lange*, Hartmut: Die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche. Vorgeschichte und rechtliche Gliederungsprobleme (Diss., Kiel 1972), 57–62. Vgl. *Jürgensen*, Stunde der Kirche (wie Anm. 12), 149–152.

sie das als eine hohe Gabe Gottes zu schätzen und ist überzeugt, dass auch der Staat Segen davon hat.“<sup>65</sup>

Der Vertragsabschluss erklärt die Loyalität, die sich nun vonseiten der Kirche gegenüber der CDU als der Regierungspartei, die dieses Vertragswerk durchgesetzt hatte, entwickelte. Die Landes-CDU war jetzt als Vertreterin protestantischer Interessen anerkannt. Auf dieser Grundlage ließ sich von kirchlicher Seite das Freiheitsverständnis der Partei übernehmen, wie es in einem Gespräch zwischen Kirche und CDU – unter dem Titel „Freiheit und Führung“ am 14./15. Juni 1956 in Loccum – entwickelt worden war. Die Schleswig-Holsteinische Landeskirche war dort durch ihre Bischöfe vertreten. Neben Bundestagspräsident Pastor Eugen Gerstenmaier referierten auch Ministerpräsident von Hassel und Minister Osterloh<sup>66</sup>.

Auf dieser Grundlage hatte man sich kirchlicherseits auch mit Redeker arrangiert. Im Vorfeld der Landtagswahl ging mit Datum 10. März 1958 ein Schreiben an den Ministerpräsidenten, in dem sich die unterzeichneten Führungspersonlichkeiten von Landeskirche und Theologischer Fakultät für die bisherige gute Zusammenarbeit bedankten. Und weiter: „In diesem Sinne würden sie Wert darauf legen, dass der bisherige Landtagsabgeordnete Prof. D. Dr. Redeker, im Landtag der kommenden Legislaturperiode wiederum sein Mandat ausüben kann. Sie bitten Sie daher, sich dafür einsetzen zu wollen, dass Herr Prof. Redeker bei den Vorschlägen zur kommenden Landtagswahl an sicherer Stelle placiert wird.“ Unterschrieben war der Brief von Prof. theol. Peter Meinhold, Kirchenamtspräsident Oskar Epha und dem Vorsitzenden der Kirchenleitung, Bischof

---

65 Zitiert nach *Lange*, Nordelbische Kirche (wie Anm. 64), 59.

66 LKAK Kiel 20.01, Nr. 128.



Halfmann<sup>67</sup>. Diesen Schritt kommunizierte – genauer: entschuldigte – Halfmann telefonisch und per Brief gegenüber Osterloh: Es sei „ein rein politischer Zweckmäßigkeitsschritt“ für das Ziel, mehr evangelische Politiker im Parlament zu haben. Osterloh habe ja bereits einen sicheren Wahlkreis, daher erfolge kein entsprechendes Engagement für ihn. Hauptsächlich war Halfmanns Unterschrift ein Zugeständnis gegenüber den Professoren der Universität, die den Brief initiiert hatten<sup>68</sup>.

Die enge loyale Verpflichtung, die bei den kirchenleitenden Persönlichkeiten gegenüber der Regierungspartei und konkret gegenüber Osterloh entstanden war, erklärt wohl ein Stück weit, wie die Landeskirche in den beginnenden NS-Skandalen Ende der 1950er-Jahre agierte. Die Skandalisierung von NS-Tätern und deren Unterstützung durch die Regierung gefährdete diese Einheit. Hier war es gerade – wie oben beschrieben – Wolfgang Baader, der über seinen „Vertraulichen Informationsdienst“ und Veröffentlichungen über den Evangelischen Presseverband offensiv die Regierung verteidigte. Im Zentrum der Angriffe stand vorrangig Kultusminister Osterloh, da die Skandale um Beyer und Werner Catel seine Zuständigkeit betrafen. Im Verlauf des Heyde/Sawade-Skandals<sup>69</sup> hatte es nur eine

---

67 Schreiben an den Ministerpräsidenten vom 10.3.1958 (LKAK Kiel 20.01, Nr. 402).

68 Schreiben Halfmanns an Osterloh vom 11.3.1958 unter Bezugnahme auf ein vorangegangenes Telefonat, ebd.

69 Der Organisator des Euthanasie-Programms Prof. Werner Heyde war in Schleswig-Holstein unter dem Namen Dr. Sawade bis 1959 unbehelligt als Gerichtsgutachter tätig gewesen. Dies war möglich gewesen, weil zahlreiche Mediziner und Juristen, die um seine wahre Identität wussten, ihn deckten. Kurz vor Beginn des Prozesses, in dem er vom Generalstaatsanwalt Fritz Bauer der Ermordung von 100.000 Menschen angeklagt wurde, nahm er sich am 13.2.1964 in der Untersuchungshaft das Leben. S. *Godau-Schüttke*, Klaus-Detlev: Die Heyde/Sawade-Affäre. Wie Juristen und Mediziner den NS-Euthanasieprofessor Heyde nach 1945 deckten und straflos blieben. Baden-Baden 1998.

einzigste Verurteilung gegeben: der Journalist der „Frankfurter Rundschau“, Volkmar Hoffmann, wurde wegen übler Nachrede zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilt, weil er die Mitwisserschaft von Hassels und Osterlohs behauptet hatte<sup>70</sup>. 20 Jahre später soll Hoffmann auf einer Veranstaltung in Kiel über die Skrupel berichtet haben, die Osterloh damals gehabt habe. Nach dieser Darstellung hatte Osterloh von allen Skandalen frühzeitig gewusst; über zunehmende moralische Bedenken habe er im Familienkreis berichtet. Diese Information hatte Hoffmann nach seiner Verurteilung von Osterlohs Patentochter erhalten, die das Leugnen Osterlohs nicht mittragen wollte. Der Name der Patentochter: Ulrike Meinhof<sup>71</sup>.

Im Januar 1964 starb Wilhelm Halfmann. Anfang Februar war Osterloh mit einem neuen Skandal befasst: Wieder hatte die Universität Kiel mit dem Juristen Eberhard Menzel einen NS-belasteten Professor zum Rektor gewählt. Als das ruchbar wurde, einigte sich der Minister mit Menzel darauf, wie im Fall Redeker bereits praktiziert, dass das Ministerium die Wahl bestätigen und Menzel auf das Amt verzichten solle<sup>72</sup>.

Am 21. Februar 1964 schrieb Osterloh ein letztes Mal an die Landeskirche. Er dankte Präsident Epha für ein Schreiben vom 31. Januar 1964 und bat um eine persönliche Unterredung in den nächsten Tagen<sup>73</sup>. Vier Tage später beging Osterloh in der Kieler

---

70 Vgl. *Godau-Schüttke*, Heye/Sawade-Affäre (wie Anm. 69); sowie *Zocher*, Osterloh (wie Anm. 47), 468.

71 Diese Informationen erhielt ich mündlich von dem damaligen Organisator der Veranstaltung, dem verstorbenen Historiker Dr. Detlef Korte. Der Bericht erscheint schlüssig, ließ sich aber weiter nicht belegen [SL.].

72 Ebd.

73 Schreiben Osterloh an Epha vom 21.2.1964 (LKAK Kiel, Nachlass Oskar Epha, 98.001, Nr. 582).

Förde Suizid<sup>74</sup>. Fast genau ein Jahr zuvor hatte sich der Schulleiter des Geesthachter Gymnasiums Dr. Georg Rühren auf die gleiche Art das Leben genommen. Rühren hatte einen Vortrag von Großadmiral Karl Dönitz in seiner Schule verantwortet.

Als die Berichterstattung über die Veranstaltung Empörung der internationalen Presse auslöste, hatte sich Rühren unmittelbar nach einem Gespräch mit einem Vertreter von Osterlohs Kultusministeriums am 8. Februar 1963 in der Elbe ertränkt<sup>75</sup>.

Inhaltlich stellte die CDU eine Partei dar, die sich nicht so stark an Einzel- oder Gruppeninteressen, sondern an der Mehrheit orientierte. Sie band, wie es Borup formulierte, „demokratiskeptische Wähler“ in den neuen Staat ein. Die Annäherung an die CDU bedeutete eine Abgrenzung gegen polarisierende Parteien. Mit dieser Orientierung setzte die Schleswig-Holsteinische Landeskirche eine Linie fort, die schon das Verhalten im Kirchenkampf des NS-Staates bestimmt hatte: das „Ringens um die Mitte“ (Reumann).

Daran änderte nichts, dass die CDU in Schleswig-Holstein von Ende der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre eine Vielzahl von NS-Skandalen zu verantworten hatte. Im Gegenteil: Die Aufnahme zahlreicher NS-Verbrecher in die Nachkriegsgesellschaft war der Preis, den die CDU zahlte, um Integrationskraft für ehemalige Nationalsozialisten in die Demokratie zu entfalten. Der polemischen Zuspitzung von Bernd Kasten ist hier nicht zu folgen, der einen

---

74 Der Spiegel stellte seinen Suizid in den Kontext der NS-Skandale des Landes. S. *Schatten am Meer*. In: Der Spiegel 10/1964 vom 4.3.1964, 21f. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46163328.html> (12.7.2013).

75 S. *13a des Otto-Hahn-Gymnasiums Geesthacht: Die Dönitz-Affäre. Der Großadmiral und die kleine Stadt. Ein Beitrag zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten „Aufsehen, Empörung, Ärgernis. Skandale“*. Geesthacht 2010/2011, [www.ohg.sh.schule.de/.../2011\\_02\\_28\\_OHG\\_13a\\_Doenitz-Affaere.pdf](http://www.ohg.sh.schule.de/.../2011_02_28_OHG_13a_Doenitz-Affaere.pdf) (10.3.2012). Hierin ausführliches Verzeichnis der Presseberichterstattung. Zoher zufolge war der Suizid Rührens „sehr nah“ gegangen. *Zoher, Osterloh* (wie Anm. 47), 475.

Gegensatz aufbaute „zwischen engagierten Christen und Demokraten wie Gerstenmaier, Hessenauer und Wenger auf der einen und pragmatischen Realpolitikern wie Hassel, Lemke und Osterloh auf der anderen Seite“<sup>76</sup>. Gerade die Letztgenannten öffneten die CDU erfolgreich für die evangelische Kirche und ermöglichten so, dass die Bundesrepublik eine breitere Akzeptanz protestantischer Kreise gewann<sup>77</sup>.

---

76 *Kasten*, Bernd: „Das Ansehen des Landes Schleswig-Holstein“. Die Regierung von Hassel im Umgang mit Problemen der nationalsozialistischen Vergangenheit 1954–1961. In: ZHSG 118 (1993), 267–284, hier 284.

77 Hier folge ich der Einschätzung *Borups*, Demokratisierungsprozesse (wie Anm. 13), 242f.